

INHALT

14. Wahlwerbung durch den Bürgermeister
15. Neue Satzung für die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände

16. Abgabenertragsanteile I bis IV 2009
*Verbraucherpreisindex für Februar 2009
(vorläufiges Ergebnis)*

14.

Zur Wahlwerbung durch den Bürgermeister

Die Wahlen zum europäischen Parlament stehen vor der Tür.

Anlässlich von Wahlen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene erreichen die Abteilung Gemeindeangelegenheiten immer wieder Anfragen bzw. Beschwerden, die die Wahlwerbung von Bürgermeistern für ihrer politischen Gesinnung nahe stehende Wahlwerber zum Landtag, zum Nationalrat, zum Bundespräsidenten oder zum europäischen Parlament zum Gegenstand haben. Entsprechende Beschwerden waren in den letzten Jahren mehrmals bereits Gegenstand von schriftlichen Anfragen an den Gemeindereferenten bzw. die Gemeindereferentin der Tiroler Landesregierung.

Dazu wird seitens der Abteilung Gemeindeangelegenheiten zu bedenken gegeben:

1. Die Gemeinde ist aus der Wahlwerbung herauszuhalten. Es ist daher nicht zulässig, Wahlwerbung mit dem Briefkopf der Gemeinde, mit dem Gemeindewappen und der Aufschrift „Gemeinde“, und dergleichen zu betreiben bzw. die Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt zu belasten.

2. Eine Frau oder ein Mann, die oder der in das Amt eines Bürgermeisters gewählt worden sind, haben bemüht zu sein, getreu ihrem Gelöbnis unparteiisch ihres Amtes zu walten. Sie haben deshalb aber nicht ihre politische Gesinnung abzulegen oder zu verleugnen. Es ist das letztlich verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht einer Bürgermeisterin und eines Bürgermeisters zu ihrer politischen Gesinnung zu stehen und ihrer politischen Gesinnung nahe stehende Wahlwerber zum Landtag, zum Nationalrat, zum Bundespräsidenten oder zum europäischen Parlament nach Kräften zu unterstützen.

Ihre persönliche Unterstützung haben sie dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass sie ihren persönlichen Briefkopf verwenden; es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sie in diesem Zusammenhang zu ihrem Vor- und Familiennamen zudem die auf ihre Person zutreffende Funktionsbezeichnung Bürgermeisterin oder Bürgermeister führen. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn sie Wahlwerbung auch mit sachlicher Information, wie Hinweise auf Ort und Zeit der Wahl und dergleichen verbinden. Ihre Wahlwerbung für ihrer politischen Gesinnung nahe stehende Wahlwerber sollte aber eindeutig als ihr persönliches Anliegen und ihre persönliche Botschaft erkennbar sein. Jeder irreführende Bezug zur Gemeinde, wie Briefkopf der Gemeinde, Gemeindewappen und Aufschrift „Gemeinde“, und dergleichen und jede Belastung der Gemeinde durch die Herstellung und die Versendung von für die Wahlwerbung bestimmten Schriftstücken im und durch das Gemeindeamt sind zu unterlassen.

3. Die Verwendung des Aufdruckes „Amtliche Mitteilung“ ist allein von postrechtlicher Bedeutung. Es wird dadurch der Empfängerkreis selbst auf solche Personen erweitert, die die Erklärung abgegeben haben, Info.Post Sendungen zu verweigern. „Amtliche Mitteilungen“ im Sinn der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind von einer Gebietskörperschaft herausgegebene Informationen an die Bürger in Angelegenheiten der Hoheitsverwaltung, wenn diese Sendungen in unmittelbarer Nähe des Freimachungsvermerkes den deutlich sichtbaren Vermerk „Amtliche Mitteilung“ tragen (siehe Punkt 2.4.1.5 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen Info.Post, gültig ab 1. Jänner 2009). Die in Rede stehende Wahlwerbung ist nicht der Gebietskörperschaft Gemeinde zurechenbar und rechtfertigt daher nicht den Aufdruck „Amtliche Mitteilung“.

15.

Neue Satzung für die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 4. Februar 2009 die Verordnung über eine Satzung für die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände beschlossen. Die Verordnung wurde im Landesgesetzblatt für Tirol Stück 14 unter Nr. 31 verlautbart und ist mit dem Ablauf des 31. März 2009 in Kraft getreten.

Die Satzung gilt für die nach § 60 des Personenstandsgesetzes, BGBl. Nr. 60/1983, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 100/2005, gebildeten Standesamtsverbände und für die nach § 47 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985, BGBl. Nr. 311, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2008, gebildeten Staatsbürgerschaftsverbände.

Die **Organe des Gemeindeverbandes** sind die Verbandsversammlung und der Verbandsobmann. Für einen Gemeindeverband mit mehr als zwölf Gemeinden ist ein Verbandsausschuss zu bilden. Die Organe sind erstmals nach der Bildung des Gemeindeverbandes und weiters jeweils nach den allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen einzurichten bzw. neu zusammenzusetzen.

Die **Verbandsversammlung** besteht aus den Bürgermeistern der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden sowie aus dem Verbandsobmann und seinem Stellvertreter, auch wenn sie nicht Bürgermeister einer solchen Gemeinde sind. Ein Bürgermeister wird im Fall seiner Verhinderung durch die Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach und bei deren Verhinderung durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes vertreten. Die Verbandsversammlung ist das oberste Organ des Gemeindeverbandes. Sie hat über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden und die Geschäftsführung der übrigen Verbandsorgane zu überwachen. Werden die Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten dienstleistend von der Sitzgemeinde besorgt, obliegt der Verbandsversammlung insbesondere die Festsetzung des Voranschlages und die Genehmigung des Rechnungsabschlusses mit dem für die Verteilung auf die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden anerkannten Aufwand und Überschuss der Ansätze 0220 Standesamt und 0250 Staatsbürgerschaft der Sitzgemeinde. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Verbandsobmann oder sein Stellvertreter und insgesamt mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Wird

diese Anzahl nicht erreicht, so ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Zu einem gültigen Beschluss und zu einer gültigen Wahl ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Der **Verbandsausschuss** besteht aus dem Verbandsobmann, seinem Stellvertreter und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt. Die weiteren Mitglieder werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt. Sie haben ihre Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses weiterzuführen. Für jedes weitere Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist. Dem Verbandsausschuss obliegt die Vorberatung und Antragstellung in allen der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung unterliegenden Angelegenheiten. Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Verbandsobmann oder sein Stellvertreter und so viele weitere Mitglieder anwesend sind, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt. Zu einem gültigen Beschluss ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Der **Verbandsobmann** und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung auf sechs Jahre gewählt. Sie haben ihre Geschäfte bis zur Neuwahl des Verbandsobmannes bzw. seines Stellvertreters weiterzuführen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist. Der Verbandsobmann und sein Stellvertreter müssen nicht Vertreter einer dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinde, aber zum Landtag wählbar sein. Der Verbandsobmann und sein Stellvertreter haben, wenn sie nicht Vertreter einer dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinde sind, in der Verbandsversammlung und im Verbandsausschuss nur beratende

Stimme. Der Verbandsobmann wird im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter, bei dessen Verhinderung durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Verbandsausschusses, sofern ein solcher nicht besteht, der Verbandsversammlung vertreten. Der Verbandsobmann führt die Geschäfte des Gemeindeverbandes. Ihm obliegt die Entscheidung in allen Angelegenheiten, die nicht einem anderen Verbandsorgan übertragen sind. Der Verbandsobmann hat die Beschlüsse der übrigen Verbandsorgane zu vollziehen. Der Verbandsobmann kann in jenen Fällen, in denen wegen Gefahr im Verzug das zuständige Verbandsorgan nicht rechtzeitig einberufen werden kann, die Angelegenheit allein entscheiden; die Entscheidung ist ohne unnötigen Aufschub dem zuständigen Verbandsorgan zur nachträglichen Kenntnisnahme und Genehmigung vorzulegen. Der Verbandsobmann vertritt den Gemeindeverband nach außen.

Die Verbandsversammlung hat einen **Überprüfungsausschuss** zu wählen. Er besteht aus drei Mitgliedern. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Ihre Amtsdauer beträgt sechs Jahre. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist. Der Prüfungsausschuss hat die Gebarung des Gemeindeverbandes auf ihre Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Werden die Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten dienstleistend von der Sitzgemeinde besorgt, obliegt dem Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss der Sitzgemeinde die Prüfung des für die Verteilung auf die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden maßgeblichen Aufwandes und Überschusses der Ansätze 0220 Standesamt und 0250 Staatsbürgerschaft.

Geschäftsstelle des Gemeindeverbandes ist das Gemeindeamt der Sitzgemeinde. Werden die Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten dienstleistend von der Sitzgemeinde besorgt, so sind die nach dem Personenstandsgesetz und Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 anfallenden hoheitlichen Aufgaben von den dafür abgestellten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Sitzgemeinde im Auftrag, im Namen und in der Verantwortung des Verbandsobmannes zu führen.

Für die Organe des Gemeindeverbandes gelten die Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 über die Gemeindeorgane sinngemäß mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Bürgermeister der Verbandsobmann, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss, dem Prüfungsausschuss einer Gemeinde der Prüfungsausschuss des Gemeindeverbandes und dem Gemeindeamt die Geschäftsstelle entspricht.

Beitragspflicht: Der durch Einnahmen nicht gedeckter Aufwand des Gemeindeverbandes ist auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend dem Verhältnis der Einwohnerzahlen jährlich aufzuteilen. Für die Ermittlung der Einwohnerzahlen ist das endgültige Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung heranzuziehen. Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich den für dieses Jahr zu leistenden Beitrag schriftlich mitzuteilen. Aufgrund des Rechnungsabschlusses sich ergebende Guthaben sind auf die nächst folgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächst folgenden Beitrag anzurechnen.

Haftung: Die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden haften für dessen Verbindlichkeiten untereinander im Verhältnis ihrer Beitragspflicht.

Bestimmungen für den Fall der nachträglichen Einbeziehung und der Ausgliederung von Gemeinden, für den Fall der Auflösung des Gemeindeverbandes und über die Verwendung des Vermögens: Wird eine Gemeinde nachträglich in einen Gemeindeverband einbezogen, so hat sie vom Tag der Einbeziehung an Beiträge zu leisten. Wird die Einbeziehung nicht mit dem Beginn eines Jahres wirksam, so hat die Gemeinde den ersten Beitrag anteilig zu leisten. Eine aus einem Gemeindeverband ausgegliederte Gemeinde hat gegenüber dem Gemeindeverband keinen Anspruch auf Erstattung der von ihr geleisteten Beiträge. Die in einen Gemeindeverband einbezogene Gemeinde kann zu einem angemessenen Beitrag zu vor ihrer Einbeziehung getätigten Investitionen verhalten werden. Das Ausmaß, in dem eine Gemeinde zur Bildung des Vermögens des Gemeindeverbandes beigetragen hat, kann anlässlich ihrer Ausgliederung angemessen berücksichtigt werden. Das Vermögen eines aufgelösten Gemeindeverbandes ist zur Deckung seiner Verbindlichkeiten heranzuziehen. Das verbleibende Vermögen ist auf die beteiligten Gemeinden in dem Verhältnis aufzuteilen, in dem sie zur Bildung des Vermögens des Gemeindeverbandes beigetragen haben.

Übergangsbestimmung: Organe, die nach den Bestimmungen der außer Kraft getretenen Verordnung ihre konstituierende Sitzung abgehalten haben und gewählt worden sind, bleiben im Amt; sie sind als Organe im Sinn der Bestimmungen der in Kraft getretenen Verordnung anzusehen.

Der Rechnungshof führte in den letzten Monaten stichprobenweise Einsichten in Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände quer durch das ganze Bundesgebiet durch. In Tirol wurden drei Gemeindeverbände eingesehen.

Der Rechnungshof setzte sich kritisch mit der Dienstleistung der Sitzgemeinde für den Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband, mit der mangelnden Organisation in einzelnen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden und mit der – aus seiner Sicht nicht ausreichenden – Verordnung der Landesregierung LGBL. Nr. 7/1987, über die Satzung der Sanitätssprengel, der Standesamtsverbände und der Staatsbürgerschaftsverbände auseinander.

Im Weg von Verordnungen des Landeshauptmannes wurden in Tirol 55 Standesamtsverbände gebildet. Gemeinden, die zu einem Standesamtsverband vereinigt sind, bilden kraft Gesetzes einen Staatsbürgerschaftsverband.

Die Gemeinden

1. Imst, Imsterberg, Karres, Karrösten, Mils bei Imst, Roppen, Tarrenz,
2. Mieming, Obsteig,
3. Ötz, Sautens,
4. Silz, Mötz,
5. Stams, Rietz,
6. Wenns, Arzl im Pitztal, Jerzens,
7. Axams, Birgitz, Götzens, Grinzens,
8. Fulpmes, Mieders, Schönberg im Stubaital, Telfes im Stubai,
9. Gries am Brenner, Obernberg am Brenner,
10. Hall in Tirol, Absam, Ampass, Gnadenwald, Mils, Rinn, Thaur, Tulfes,
11. Kematen in Tirol, Gries im Sellrain, Oberperfuss, Ranggen, St. Sigmund im Sellrain, Sellrain, Unterperfuss, Völs,
12. Matrei am Brenner, Mühlbachl, Navis, Pfons,
13. Mutters, Natters,
14. Patsch, Ellbögen,
15. Seefeld in Tirol, Leutasch, Reith bei Seefeld, Scharnitz,
16. Sistrans, Aldrans, Lans,
17. Steinach am Brenner, Gschnitz, Schmirn, Trins, Vals,

18. Telfs, Flauring, Oberhofen im Inntal, Pettnau, Pfaffenhofen, Polling in Tirol, Wildermieming,
19. Wattens, Baumkirchen, Fritzens, Kolsass, Kolsassberg, Volders, Wattenberg,
20. Zirl, Inzing, Hatting,
21. Fieberbrunn, Hochfilzen, St. Jakob in Haus, St. Ulrich am Pillersee,
22. Hopfgarten im Brixental, Itter,
23. Kirchberg in Tirol, Brixen im Thale,
24. Kitzbühel, Aurach bei Kitzbühel, Jochberg, Oberndorf in Tirol, Reith bei Kitzbühel,
25. Kössen, Schwendt,
26. St. Johann in Tirol, Going am Wilden Kaiser, Kirchdorf in Tirol,
27. Brixlegg, Münster, Radfeld, Rattenberg, Reith im Alpbachtal,
28. Kramsach, Brandenburg,
29. Kufstein, Langkampfen, Schwoich, Thiersee,
30. Niederndorf, Ebbs, Erl, Niederndorferberg, Retenschöss, Walchsee,
31. Söll, Ellmau, Scheffau am Wilden Kaiser,
32. Wörgl, Angath, Bad Häring, Breitenbach am Inn, Kirchbichl, Kundl, Mariastein, Angerberg,
33. Kappl, Galtür, Ischgl, See,
34. Landeck, Fließ, Flirsch, Grins, Pians, Schönwies, Stanz bei Landeck, Strengen, Tobadill,
35. Pfunds, Spiss,
36. Prutz, Faggen, Fendels, Kaunerberg, Kaunertal, Kauns, Ladis,
37. Ried im Oberinntal, Fiss, Serfaus, Tösens,
38. St. Anton am Arlberg, Pettneu am Arlberg,
39. Abfaltersbach, Anras, Strassen,
40. Lienz, Ainet, Amlach, Assling, Dölsach, Gaimberg, Iselsberg-Stronach, Lavant, Leisach, Nikolsdorf, Nussdorf-Debant, Oberlienz, St. Johann im Walde, Schlaiten, Thurn, Tristach,
41. Matrei in Osttirol, Prägraten am Großvenediger, Virgen,
42. Obertilliach, Untertilliach,
43. St. Veit in Deferegggen, St. Jakob in Deferegggen,
44. Sillian, Außervillgraten, Heinfels, Innervillgraten, Kartitsch,
45. Ehrwald, Berwang, Biberwier, Bichlbach, Lermoos,
46. Elbigenalp, Bach, Gramais, Häselgehr, Holzgau, Kaisers, Steeg,
47. Reutte, Breitenwang, Ehenbichl, Heiterwang, Höfen, Lechaschau, Musau, Pflach, Pinswang, Wängle,
48. Tannheim, Grän, Nesselwängle, Schattwald, Zöblen,

49. Weißenbach am Lech, Elmen, Forchach, Hinterhornbach, Namlos, Pfafflar, Stanzach, Vorderhornbach,

50. Achenkirch, Steinberg am Rofan,

51. Fügen, Bruck am Ziller, Fügenberg, Hart im Zillertal, Schlitters, Uderns,

52. Jenbach, Buch bei Jenbach, Eben am Achensee, Gallzein, Strass im Zillertal, Wiesing,

53. Mayrhofen, Brandberg, Finkenberg, Hippach, Schwendau,

54. Schwaz, Pill, Stans, Terfens, Vomp, Weer, Weerberg,

55. Zell am Ziller, Aschau im Zillertal, Gerlos, Gerlosberg, Hainzenberg, Kaltenbach, Ramsau im Zillertal, Ried im Zillertal, Rohrberg, Stumm, Stummerberg, Zellberg,

bilden einen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband. Die erstgenannte Gemeinde ist die Sitzgemeinde und trägt der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband ihren Namen.

An sich läge es nahe, wenn der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband die Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten selbst wahrnehmen würde; das würde einen eigenen Haushalt und eigenes Personal erfordern.

In der Praxis führen die Sitzgemeinden den Haushalt und die Dienstposten bzw. Stellen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die die nach dem Personenstandsgesetz und nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 wahrzunehmenden Aufgaben besorgen. Diese Praxis hat in der Einrichtungsverordnung des Landeshauptmannes für die Standesamtsverbände ihre historische Grundlage (vgl. § 1 Abs. 3 der Verordnung des Landeshauptmannes vom 27. Juli 1966, Bote für Tirol Nr. 164, mit der Standesamtsbezirke gebildet werden). Die Sitzgemeinden sind damit entsprechend dieser historischen Grundlage und des folgenden Konsenses über die Wahrnehmung der in Rede stehenden Aufgaben dienstleistend für den Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband tätig. Den Haushalt (mit den Ansätzen 0220 Standesamt und 0250 Staatsbürgerschaft) und Dienstposten- und Stellenplan dieser Gemeinden legt der Gemeinderat der Sitzgemeinden fest.

Die Verbandsversammlung und der Verbandsobmann stellen die Verbindung zum Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband her. Der Verbandsversammlung obliegt insbesondere die Festsetzung des Voranschlages und die Genehmigung des Rechnungsabschlusses mit dem für die Verteilung auf die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden anerkannten Aufwand und

Überschuss der Ansätze 0220 Standesamt und 0250 Staatsbürgerschaft der Sitzgemeinde. Eine sachliche Auseinandersetzung über die in Rede stehenden Ansätze liegt im Interesse aller beteiligten Gemeinden. Sieht sich die Mehrheit der Verbandsversammlung nicht in der Lage, den Ansätzen der Sitzgemeinde zu folgen (nach der in den vergangenen Jahrzehnten gesammelten Erfahrung geht es meist um eine angemessene Aliquotierung von teils der Sitzgemeinde und teils dem Gemeindeverband zurechenbaren Leistungen), so wird in der Verbandsversammlung vorerst der Bürgermeister der Sitzgemeinde aufzuklären haben, kann in der Folge im Auftrag der Verbandsversammlung der Überprüfungsausschuss des Gemeindeverbandes im Einvernehmen mit dem Überprüfungsausschuss der Sitzgemeinde die Streitfrage zu klären versuchen bzw. kann schließlich die Landesregierung zur Streitentscheidung angerufen werden (vgl. § 141 Abs. 4 dritter Satz der Tiroler Gemeindeordnung 2001).

Es hat sich in der Praxis bewährt, den Bürgermeister der Sitzgemeinde oder einen der Sitzgemeinde zurechenbaren Funktionär zum Verbandsobmann zu wählen. Die nach dem Personenstandsgesetz und nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 dem Gemeindeverband obliegenden hoheitlichen Aufgaben sind von den dafür abgestellten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Sitzgemeinde jedenfalls im Auftrag, im Namen und in der Verantwortung des Verbandsobmannes zu führen (mangels abweichender gesetzlicher Zuständigkeiten würde anderenfalls das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter verletzt, Art. 83 Abs. 2 B-VG). Im Übrigen stehen diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sitzgemeinde zur Verfügung. Dadurch ist im Interesse der Verwaltungsökonomie eine bessere Auslastung dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen möglich.

Ein dreiköpfiger Überprüfungsausschuss des Gemeindeverbandes war schon bisher gesetzlich vorgesehen. Führt die Sitzgemeinde den Haushalt und die Dienstposten und Stellen der mit den Personenstands- und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten betrauten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, so erfolgt die Gebärungskontrolle bereits durch den Überprüfungsausschuss der Sitzgemeinde. Bei dieser Konstellation kann der Überprüfungsausschuss im Auftrag der Verbandsversammlung und im Einvernehmen mit dem Überprüfungsausschuss der Sitzgemeinde lediglich allfällige besondere Streitfragen zu prüfen haben.

Durch die nunmehr vorliegende Verordnung wird daher in die durch Jahrzehnte gewachsene und bewährte Struktur der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband

bände nicht eingegriffen. Der normative Gehalt der bisherigen Satzung (im Grunde der Verordnung LGBL Nr. 7/1987) beschränkte sich auf die Festlegung der Organe, die Verteilung von Aufwand und Überschuss und die Regelung der Haftung der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden untereinander. Im Übrigen galten die Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 über die Gemeindeverbände. Die nunmehr vorliegende Verordnung bildet die bisher schon anzuwendenden Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 über die Gemeindeverbände im ausführlicheren Verordnungstext ab.

Eine organisatorische Erleichterung tritt insofern ein, als künftig nur noch die Bürgermeister der dem Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband angehörenden Gemeinden Mitglieder der Verbandsversammlung sind. In der Vergangenheit fand nämlich mangels abweichender Satzungsbestimmungen § 135 Abs. 1 zweiter Satz der Tiroler Gemeindeordnung 2001 Anwendung; Gemeinden, deren Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes mehr als 20 v. H. beträgt, haben danach weitere Vertreter in die Verbandsversammlung, höchstens jedoch einen für je weitere angefangene 10 v. H. zu entsenden. Da es in der Verbandsversammlung im Wesentlichen lediglich um die Abklärung zweier Haushaltsansätze (0220 Standesamt und 0250 Staatsbürgerschaft) geht, erscheint

diese Verminderung der Zahl der Mitglieder der Verbandsversammlung sachlich gerechtfertigt. Gegen einen sachlich nicht gerechtfertigten Druck einer Mehrheit von Mitgliedsgemeinden kann sich der Bürgermeister der Sitzgemeinde durch die oben bereits erwähnte Möglichkeit der Anrufung der Landesregierung zur Wehr setzen; nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung hat sich mit einer solchen dem Organisationsrecht zurechenbaren Streitfrage die Abteilung Gemeindeangelegenheiten auseinander zu setzen.

Die Übergangsbestimmung in § 12 Abs. 2 der nunmehr vorliegenden Verordnung stellt sicher, dass die Organe, die nach den bisher in Geltung gestandenen Bestimmungen ihre konstituierende Sitzung abgehalten haben oder gewählt worden sind, im Amt bleiben und als Organe im Sinn der Bestimmungen der nunmehr vorliegenden Verordnung anzusehen sind.

Der Härte, die dadurch entsteht, dass der erfahrungsgemäß höhere, durch Einnahmen nicht gedeckter Aufwand eines Gemeindeverbandes, in dessen Sprengel ein Krankenhaus gelegen ist, nur auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt werden kann, kann durch die nunmehr vorliegende Verordnung nicht entgegengetreten werden; eine Verteilung des Aufwandes auf alle Gemeinden im Einzugsbereich des Krankenhauses bedürfte (bundes)gesetzlicher Maßnahmen.

Bergrettung Tirol - Aktuelle Einsatz-Statistik für 2008

1.674 Personen wurden 2008 vom Bergrettungsdienst Tirol geborgen. Die Aufschlüsselung der Einsatzdaten bringt gute Erkenntnisse über das Unfallgeschehen im führenden Bergtourismusland Österreichs. Von den geborgenen Personen waren fast 1.500 Verletzte, 180 Unverletzte und 46 Tote. Mehr als 1.600 Einsätze gab es 2008 im Bundesland Tirol. Das sind mehr als 32.800 Einsatzstunden.

Die Tiroler Bergrettung hat 45 Prozent aller im Jahr 2008 in Österreich erbrachten Einsatzstunden des ÖBRD geleistet. Das ist das größte Einsatz- und Arbeitspotenzial bundesweit.

33.000 ehrenamtliche Einsatzstunden – allein Tirol – wären theoretisch dabei nahezu 4 „Einsatzjahre“ im Jahr 2008 – umgerechnet: Vier Tiroler Bergretter wären zur Erreichung dieser Stundenzahl ein ganzes Jahr lang 24 Stunden tagtäglich

im Einsatz. Wertschöpfung des ÖBRD für das Gemeinwohl im Land Tirol: Bei einem theoretisch angenommenen Stundensatz von 50,- Euro (geringe Annahme für Fachpersonal) wäre das – allein bei Einsätzen (ohne Ausbildungszeiten) – ein finanzieller Gegenwert von fast 1,7 Millionen Euro, den die Bergrettung im Sinn des Gemeinwohls dem Tourismusland Tirol gebracht hat - allein im Jahr 2008.

Zeiten, Zahlen und Wertschöpfung für Ausbildung und Training der Einsatzkräfte sind in dieser Kalkulation noch nicht enthalten. Sie würden ein Vielfaches der 1,7 Millionen Euro ausmachen.

Die genaue Aufschlüsselung der Einsatzdaten finden Sie auf der Website der Tiroler Bergrettung: www.bergrettung-tirol.com

16.

Gemeinde-Abgabenertragsanteile Jänner bis April 2009

Ertragsanteile an EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	Jänner-April		Differenz in Euro	Änderung in %
	2008 in Euro	2009 in Euro		
Veranlagter Einkommensteuer	13.612.084	13.168.545	-443.539	-3,26
Lohnsteuer	63.422.750	69.252.374	5.829.624	9,19
Kapitalertragsteuer I	2.709.054	3.217.787	508.733	18,78
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	2.680.286	3.027.735	347.449	12,96
Körperschaftsteuer	23.175.770	20.212.909	-2.962.861	-12,78
Erbschafts- und Schenkungssteuer	398.653	283.936	-114.717	-28,78
Stiftungseingangssteuer	0	53.761	53.761	100,00
Bodenwertabgabe	265.662	321.812	56.149	21,14
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	106.264.259	109.538.859	3.274.599	3,08
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer *) und x)	62.926.346	66.613.789	3.687.443	5,86
Abgabe von alkoholischen Getränken	158	310	152	95,83
Tabaksteuer	3.528.646	3.379.200	-149.447	-4,24
Biersteuer	599.054	559.231	-39.823	-6,65
Mineralölsteuer	12.614.154	12.038.252	-575.903	-4,57
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	435.813	419.651	-16.162	-3,71
Weinsteuer	6	0	-6	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	3.685	4.321	636	17,26
Kapitalverkehrssteuern	517.370	408.118	-109.253	-21,12
Werbeabgabe	1.472.699	1.450.880	-21.818	-1,48
Energieabgabe	2.943.425	1.809.515	-1.133.910	-38,52
Normverbrauchsabgabe	1.223.900	1.113.939	-109.960	-8,98
Grunderwerbsteuer	22.725.090	22.433.759	-291.330	-1,28
Versicherungssteuer	2.722.991	2.781.397	58.406	2,14
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.774.839	2.914.213	139.374	5,02
KFZ-Steuer	330.637	276.357	-54.279	-16,42
Konzessionsabgabe	649.791	568.294	-81.497	-12,54
Summe sonstige Steuern	115.468.604	116.771.226	1.302.622	1,13
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern	221.732.863	226.310.085	4.577.221	2,06
Kunstförderungsbeitrag	37.039	37.543	504	1,36
Summe ohne Zwischenabrechnung	221.769.902	226.347.627	4.577.725	2,06
Zwischenabrechnung **)	10.084.047	7.157.398	-2.926.649	-29,02
G E S A M T	231.853.949	233.505.025	1.651.076	0,71

*) davon Getränkesteuerausgleich	17.420.272	18.178.959	758.687	4,36
**) davon Getränkesteuerausgleich	374.272	576.135	201.863	53,93
Summe	17.794.544	18.755.094	960.550	5,40
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	0	1.055.340	1.055.340	100,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2009

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2009 (endgültig)	Februar 2009 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	106,6	107,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	117,9	118,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	124,1	124,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	162,2	162,9
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	252,2	253,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	442,6	444,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	563,9	566,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	565,7	567,8

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Februar 2009 beträgt 107,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2009 um 0,4% gestiegen (Jänner 2009 gegenüber Dezember 2008: -0,5 %). Gegenüber Februar 2008 ergibt sich eine Steigerung um 1,3 % (Jänner 2009/2008: + 1,2%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck